

*Jubel über militärische Schauspiele
ist eine Reklame für den nächsten Krieg;
man drehe diesem Kram den Rücken oder bekämpfe ihn aktiv.
Auch wohlwollende Zuschauer sind Bestärkung.*

Kurt Tucholsky, 1927

STELLUNGNAHMEN

**gegen das öffentliche Gelöbnis
am 30. Juli 2009 am Münchner Marienplatz**

Eine Dokumentation von ver.di München

Stand: 12.Juli 2009

Magdi Gohary
81547 München

München, 11. Juli 2009

Die „Salonfähigmachung“ der deutschen Armee ist angesichts der deutschen Geschichte grundsätzlich problematisch. Schlimm und geschmacklos wird dieses Vorhaben dann, wenn es zeitlich mit einem völkerrechtswidrigen Krieg, an dem sich diese Streitkräfte in steigendem Maß beteiligen, zusammentrifft.

Der Politikbetrieb in Deutschland – mit Ausnahme der „Linken“ - bemüht sich momentan durch Gelöbnisse in Großstädten und Verleihung von Tapferkeitsmedaillen an Soldaten, für diesen von fast 70% der Bevölkerung abgelehnten Krieg zu werben.

Dabei argumentieren sie gebetsmühlenartig - von Angela Merkel über Franz Steinmaier bis zum Josef Joffe und Stefan Kornelius - wie folgt:

- *Wir können unsere Alliierten nicht im Stich lassen (Loyalität!)*
- *Wir helfen den Afghanen (Entwicklungshilfe!)*
- *Wir schützen uns hier zu Lande vor dem Terror (Innere Sicherheit!)*

Nichts von den Argumentationssträngen ist zutreffend. Viel mehr geht es hier ausschließlich um: Schutz und Sicherung von Rohstoffen und ihren Transportwegen.

Deshalb protestiere ich gegen das Gelöbnis auf dem Marienplatz.

Mit kollegialem Gruß
Magdi Gohary

München, 10. Juli 2009

"Mir fällt beim besten Willen nichts ein, was am Militär Sinn macht.
Alles, was Sinn macht, könnte ein Zivilist auch und wäre wohl gern gesehen.
Und was der Zivilist nicht darf, darf er zu Recht nicht: Töten.
Warum sollte man die Ausnahme von dieser Regel gutheissen?
Gar feierlich mit Eidesformeln, Pomp und Pimper-Pathos beschwören?
Dass diese Show auch noch ausgerechnet am historisch wahrlich belasteten
Marienplatz stattfinden soll, ist eine grobe antidemokratische Unverfrorenheit!
Weg mit dem Spuk. Was wir brauchen, ist eine Abwrackprämie für Panzer und das
Geld für Eurofighter wäre bei den Erzieherinnen besser aufgehoben."

Ecco Meineke (Mitglied des Lach- und Schieß-Ensembles)

München, 7. Juli 2009

liebe kollegen,
danke für euer engagement gegen die
feierlich-demonstrative remilitarisierung unserer gesellschaft!
gerade in der ehemaligen "hauptstadt der bewegung", von der
schon einmal die vorbereitungen für einen weltbrand getroffen wurden,
sollte man davon ausgehen dürfen, dass politiker demokratischer
parteien soviel sensibilität besitzen, dass sie alle militärischen
schantänze unterbinden.
selbverständlich bin ich bereit, eine gegenöffentlichkeit mit worten und taten zu unterstützen.
mit solidarischen grüßen

wolfram p. kastner

München, 6. Juli 2009

Michael Heiningger
80634 München

Die Bundeswehr betreibt in Afghanistan keine Territorialverteidigung. Wie können angesichts toter Soldaten (Stadträte, der Oberbürgermeister, der Verteidigungsminister, und alle weiteren Verantwortlichen) einem öffentlichen Rekrutengelöbnis auf dem Münchner Marienplatz zustimmen, und dann mit gutem Gewissen schlafen gehen. Sehen diese Verantwortlichen denn nicht das Leid, das mit dem Tod eines jeden Soldaten verbunden ist.

Michael Heiningger

München, 4. Juli 2009

Wählermeinungen

Das Rekrutengelöbnis auf dem Münchner Marienplatz am 30. Juli ist für uns ein Akt provozierender Propaganda. Ein ziviler Raum wird militarisiert. Wir beklagen, dass der Oberbürgermeister, den auch wir gewählt haben, sich dem militärischen Druck unterworfen hat. Er müsste wissen und er weiß es wohl auch, dass seine Wähler der Bundeswehr zunehmend kritisch gegenüberstehen. Nach neuesten Umfragen (ARD) haben fast 80% aller Deutschen den Einsatz in Afghanistan verurteilt. Das Spektakel auf dem Marienplatz dürfte wohl kaum geeignet sein, die Bundeswehr und ihren Kriegseinsatz populärer zu machen.

Hans Stempel (geb. 1924), **Martin Ripkens** (geb. 1934)

München, 6. Juli 2009

Ein öffentliches Gelöbnis ist eine bittere Erinnerung an dunkle Zeiten unserer Geschichte. Die Entwicklung der Bundeswehr in Richtung Sachlichkeit, Vernunft und Demokratie ist zu begrüßen.

Dieser Entwicklung entgegen steht das überflüssige "Brimborium" eines öffentlichen Gelöbnisses.

Es steht in einer zurückgewandten Tradition, die üble Assoziationen weckt.

Wo gibt es denn in anderen demokratischen Institutionen ein öffentliches Gelöbnis?

Den Hippokratischen Eid schwören die Medizinstudenten nicht auf dem Marienplatz, sondern in der Uni.

Also ab mit dem Gelöbnis, wenn es denn unbedingt stattfinden muss, - in die Kaserne.

Michael Verhoeven, Regisseur, München

Dr. med.

Hauptmann der Reserve

München, 6. Juli 2009

Ich unterstütze die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit und teile Ihre Ablehnung der fortschreitenden Militarisierung.

Für meinen Film "Camilo"-der lange Weg zum Ungehorsam" hatte ich

Unter den Podiumsteilnehmern der anschließenden Diskussion Kontakt

Mit dem Vorstand des Arbeitskreises DARMSTÄDTER SIGNAL-dem Kulturforum der SPD UND DEM AMERICAN PEACE COMMITTEE. Ihnen habe ich ihre Benachrichtigung weitergeleitet in der Hoffnung, dass sie Ihre Position auch teilen werden

Mit freundlichen grüssen

Ihr

Peter Lilienthal

München, 4. Juli 2009

In Zeiten, in denen junge Menschen unseres Landes in höchst fragwürdigen Kriegseinsätzen sterben, Öffentliche Gelöbnisse mit Tschingderassabumm und Fahne abzuhalten, ist derart geschmacklos, dass es einem die Sprache verschlägt.

Seit unter Verteidigungsminister Hans Apel 1980 diese öffentliche Form des Militärschauspiels unseligen Angedenkens wieder eingeführt wurde, blieb zurecht umstritten, wozu das Ganze eigentlich dienen soll. Zur Akzeptanz der Bundeswehr in der Bevölkerung tragen die wilhelminischen Rituale nicht bei, sonst müssten dabei nicht Soldaten von Polizisten geschützt werden. Man kann nur wünschen, dass die Rekruten das, was sie in einem vorgestrigen Zeremoniell bei Marschmusik geloben, niemals mit der Waffe in der Hand werden einlösen müssen.

Gert Heidenreich

Schriftsteller

München, 24. Juni 2009

Rede von

Siegfried Benker, Stadtrat

zum Öffentlichen Gelöbnis der Bundeswehr auf dem Marienplatz am 30. 7. 2009
in der Vollversammlung vom 24. 6. 2009

(Wegen der großen Unruhe im Sitzungssaal war es teilweise schwierig alles zu sagen und vor allem alles zu verstehen. Es gilt wie immer das gesprochene Wort - aber das hier ist der Text wie er sein sollte und im Großen und Ganzen auch war)

Die Bundeswehr will mit dem Gelöbnis ein Ja zur Bundeswehr ohne Wenn und Aber - wir haben als Grüne aber viele Wenn und Aber.

Die Grünen kommen aus einer antimilitaristischen Tradition. Wir nehmen für uns nach wie vor eine große Militärfremde in Anspruch – und wir haben den tiefen Glauben, dass militärische Einsätze Krisenherde in der Regel nicht beruhigen können. Siehe Afghanistan.

Aber wir wissen auch : Grüne haben nach heftigen Debatten Kriegseinsätzen zugestimmt und die Grünen sind im Bundesprogramm nach wie vor der Ansicht, dass unter bestimmten Bedingungen: Einsätze, von der UNO beschlossen, auch in Zukunft möglich sein sollen.

Die Stadtratsfraktion von Grünen und Rosa Liste hat intern diskutiert, wie wir mit dem Gelöbnis umgehen sollen. Und wir hatten alle Positionen vertreten: Von der strikten Ablehnung eines Gelöbnisses bis hin zur Begrüßung desselben.

Zu unserer Position heute deshalb einige Vorbemerkungen:

1. Wir führen heute keine Debatte: Bundeswehr ja oder nein. Auch keine Debatte: Raus aus der Nato etc. Diese Fragen haben die Grünen vor Jahren nach bitteren Kämpfen entschieden. Es ist ein Ja zur Bundeswehr und ein Ja zu Auslandseinsätzen beschlossen worden, wenn sie bestimmten Kriterien genügen. Wir argumentieren also nicht mehr von einem rein pazifistischen Standpunkt aus. Dieser Konflikt hat die Grünen tief erschüttert Aber diese Diskussion ist für die Grünen entschieden, zeitweise haben wir 50% unserer Mitglieder verloren.

2. Wir diskutieren eigentlich- und jetzt sage ich schon eigentlich und begründe nachher auch warum - nicht über aktuelle Auslandseinsätze wie in Afghanistan. Ich selbst und ein Teil meiner Fraktion sind überzeugte Gegner solcher Auslandseinsätze. Da bin ich - mit anderen - schon immer und auch gegen die eigene Partei aufgetreten.

3. Wir wissen selbstverständlich, dass die Bundeswehr den Traditionsbruch mit dem NS-Regime/Wehrmacht vollzogen und geschafft hat. Ansonsten wären alle Plätze in München belastete Plätze. Ich bedanke mich bei OB Ude, dass er in den Vorverhandlungen deutlich gemacht hat, dass Königsplatz und Odeonsplatz nicht in Frage kommen.

4. Wir wissen selbstverständlich auch, dass die Bundeswehr eine Armee ist, über deren Einsätze, jedenfalls im Großen und Ganzen (BVerfG-Urteile lassen da einigen Spielraum), das Parlament entscheidet. Die Bundeswehr muss sich also die politische Linie, die in Berlin herrscht und die sie nach Afghanistan etc. schickt nicht zurechnen lassen. Kritik am Gelöbnis geht also auch nicht an den einzelnen Soldaten, der auch unter Lebensgefahr seinen Dienst versieht. Die einzelne Strategie, dass sei hier schon gesagt, muss sich die Bundeswehr aber selbstverständlich zurechnen lassen.

Es zeigt sich aber auch, dass über die Rolle der Bundeswehr spätestens seit der Wiedervereinigung kein gesellschaftlicher Konsens mehr besteht. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind ja nicht nur bei den Grünen umstritten, sondern spalten die Gesellschaft deutlich und tief. Und hier setzt die Kritik am Gelöbnis im öffentlichen Raum an: So ein Gelöbnis will öffentliche Gefolgschaft erzwingen, wo eigentlich tiefer Dissens herrscht. Nicht Dissens zur Bundeswehr, aber tiefer gesellschaftlicher Dissens zur Rolle der Bundeswehr nach 89. Zur neuen Nato-Strategie, zu den Auslandseinsätzen, zum völkerrechtswidrigen Einsatz der Bundeswehr im Kosovo, zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren wie zuletzt bei den Protesten gegen den G8 Gipfel in Heiligendamm, zur Erlaubnis entführte Flugzeuge abzuschießen, zum Einsatz gegen Piraten etc.

Jetzt kommt ein Gelöbnis im öffentlichen Raum, am Marienplatz - und das will einen Konsens zur Rolle der Bundeswehr erzwingen, der nicht da ist. Alle sollen sich jetzt hinter die Bundeswehr und das Gelöbnis stellen und so tun, als ob es die heftigen Debatten, die regelmäßig auch vor dem Bundesverfassungsgericht ausgetragen werden - wo auch Vertreter, ich glaube aller Parteien, regelmäßig klagen - nicht gäbe.

Das ist die politische Aussage dieses Gelöbnisses: Stellt Euch hinter die Bundeswehr ohne Wenn und Aber. Und dazu bin ich nicht bereit - und viele andere Grüne auch nicht. Nicht, weil wir die Bundeswehr nicht akzeptieren würden, sondern weil wir nicht akzeptieren, dass die Bundeswehr durch das Gelöbnis Politik macht und die Gesellschaft auffordert, viele Dinge zur Rolle der BW auszublenden.

Und da bekommt das Gelöbnis eine eigene politische Aussage. Es ist ja eine Demonstration von der Bundeswehr gefordert und lange gewollt. Es ist ja keine neutrale Veranstaltung und auch nicht so gedacht. Und hier kommt das „eigentlich“ von oben wieder ins Spiel: Eigentlich sprechen wir heute nicht über die Auslandseinsätze der Bundeswehr, aber mit der Konsens erzwingung durch das öffentliche Gelöbnis sind alle Konfliktthemen wie Auslandseinsätze eben doch mit gemeint. Und da fordert die Bundeswehr einen gesellschaftlichen Konsens, wo gesellschaftlicher Dissens herrscht. Dass es um Konsens erzwingung geht, sieht man schon daran, wie sehr hier die CSU und die FDP eben dies einfordern. Schon funktioniert dieses im Kern politische Vorhaben der Bundeswehr.

Und dieses sich hinter der Bundeswehr unterstützend zu versammeln und das einzufordern, das ist die Militarisierung des öffentlichen Raumes, wie ich sie ablehne. Die Militarisierung des öffentlichen Raumes will die Gefolgschaft der gesamten Gesellschaft erzwingen. Alle müssen auf einmal Ja zur aktuellen Bundeswehrrolle sagen. Das war schon immer so.

Und jetzt kommt die Frage, ob all diese Voraussetzungen dazu führen müssen, dass man ein Gelöbnis im öffentlichen Raum auch noch begrüßen muss, wie es die Vorlage des Oberbürgermeisters fordert. Und da sage ich ganz eindeutig Nein. Das ist auch der

gemeinsame Nenner in der Fraktion. Deswegen wird die Fraktion nur zur Kenntnis nehmen, dass es stattfindet, aber wir werden es nicht auch noch begrüßen.

Deutlich sagen möchte ich auch, dass wir den Aufruf zu den Protestaktionen gegen das Gelöbnis nicht unterzeichnen. Eine Formulierung wie „Das Gerede von den humanitären und friedenschaffenden Einsätzen täuscht nicht darüber hinweg, dass in der Bundeswehr das Mordhandwerk gelehrt und gelernt wird, um Krieg gegen andere Länder zu führen“ werden wir selbstverständlich nicht mittragen.

Die Grünen sind in dieser Frage gespalten, das ergibt sich aus der Geschichte der Grünen, wie ich sie am Anfang aufgezeigt habe. Einige - wie beispielsweise ich - werden an dem Tag protestieren, andere werden evtl. am städtischen Empfang teilnehmen.

Sie sehen, wie schwierig diese Frage für die Grünen ist, deshalb werden wir zwar geschlossen gegen die vom OB geforderte ausdrückliche Begrüßung der Durchführung des Gelöbnisses auf dem Marienplatz stimmen, aber bei der Gesamtabstimmung getrennt abstimmen.

Bundeswehrgelöbnis auf dem Marienplatz:

Redekonzept von Brigitte Wolf, Stadträtin

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen,

nach Vortrag und Antrag des Referenten geht es darum, eine Leistungsverpflichtung, die der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München gegenüber dem Befehlshaber des Wehrbereichs IV der Bundeswehr eingegangen ist, nachträglich zu legitimieren.

Der Befehlshaber des Wehrbereichs muss die Soldaten nicht fragen, ob sie sich nach Abschluss der Grundausbildung anlässlich von Gelöbnis und Vereidigung der Öffentlichkeit militärisch aufgeputzt und eindressiert vorführen lassen wollen. Er befiehlt es, sie gehorchen.

Der Aufzug der Rekrutinnen und Rekruten zum feierlichen Gelöbnis gehört zum militärischen Dienst. Der Antrag des Referenten verlangt der Landeshauptstadt die Unterstützung einer militärischen Aktion ab. Das gehört nicht zu den Pflichten der kommunalen Selbstverwaltung.

Der Oberbefehlshaber des Wehrbereichs IV hätte dergleichen nicht fordern und der Oberbürgermeister der LH München dem nicht entgegenkommen sollen.

Aus der Vermischung militärischen Dienstbetriebs mit demokratischer Selbstorganisation entstehen Folgeprobleme. Die Aktion läuft unter dem Titel „öffentliches Gelöbnis“, sie wird aber unter Ausschluss der Öffentlichkeit geplant.

Durch die im Vortrag des Referenten vorgesehene aktive Teilnahme würden sich die Stadträtinnen und Stadträte dazu hergeben, den tatsächlich vorgesehenen Ausschluss der Öffentlichkeit zu bemängeln. Beim feierlichen Gelöbnis machen die Rekrutinnen und Rekruten den Dienst, der ihnen gesetzlich auferlegt ist, zu ihrer eigenen Sache. Sie bekennen, freiwillig gehorchen zu wollen. In unserem Kulturkreis wird ein Bekenntnis durch die Anwesenheit von Zeugen bekräftigt. Das ist es, was der Befehlshaber des Wehrbereichs erreichen möchte.

Wie sie wissen, sieht das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland das Recht vor, den Militärdienst zu verweigern und es dürfte Ihnen auch bekannt sein, dass ein großer Anteil der Bevölkerung dieses Recht in Anspruch genommen hat, weil er die Unterstellung unter militärischen Gehorsam nicht vor seinem Gewissen verantworten kann.

Die Meinungen der Öffentlichkeit zu Militärdienst und Gelöbnis sind geteilt. Wird das Gelöbnis tatsächlich „öffentlich“ abgelegt, so wird eine Kulisse entstehen, in der die gesellschaftlichen Meinungsverschiedenheiten lebhaft zum Ausdruck kommen. Praktisch gesehen stellt sich die Sache so dar, dass das Gelöbnis ENTWEDER „ÖFFENTLICH“ ODER „FEIERLICH“ verlaufen wird.

Für unsere Diskussion muss auch eine Rolle spielen, dass die Bundesregierung mit Billigung einer parlamentarischen Mehrheit an

Interventionskriegen teilnimmt, von denen als „Krieg gegen den Terror“ geredet wird. Die Missachtung völkerrechtlicher Grundsätze, die Verletzung von Menschenrechten und die offenbaren Kriegsverbrechen, die damit einhergehen, werden Jahr für Jahr klarer, auch die Verstrickung der Bundesregierung und der Bundeswehr. Ich erinnere hier nur an die Vorfälle im Zusammenhang mit der Entführung des Bremer Murat Kurnaz.

Kolleginnen und Kollegen,
gerade heute gibt es einen traurigen Anlass, der in der Debatte berücksichtigt werden muss. Die in Afghanistan umgekommenen Soldaten sind auch für DIE LINKE und die Friedensbewegung ein Anlass zur Trauer – weil es nicht gelungen ist, diesen Kriegseinsatz zu verhindern, und auch kein Ende absehbar ist.

Heute finden Sie in der breiten Öffentlichkeit kaum eine Stimme die bestreiten würde, dass ein Wechsel der Strategie nötig ist, der eine Rückkehr zur Achtung des Völkerrechts, der Menschenrechte und eine Ahndung von Kriegsverbrechen beinhalten muss. Und auch eine Abkehr von dem Glauben an die Allmacht von Militärinterventionen.

Dieser Umschwung in der öffentlichen Meinung enthält eine Chance für eine Entwicklung hin zum Frieden. Er konnte nur einsetzen, weil Menschen, denen im Militärwesen und in der Verwaltung Informationen über die verbrecherischen Vorfälle und die bösartigen, rechtsverdrehenden Stellungnahmen, etwa zur Folter unter die Augen kamen, aus der Pflicht zum „treuen Dienen“ ausgebrochen sind und geheime Vorgänge an die Öffentlichkeit brachten. So wurden Fotos an die Öffentlichkeit geschmuggelt, so geheime Expertisen an die Presse geleitet.

Bei dem feierlichen Gelöbnis geht es um das „treue Dienen“. Diese Menschen waren mit Lagebeurteilungen der höchsten Vorgesetzten nicht zufrieden, sie erlaubten sich ihr eigenes, gewissenhaftes Urteil über fragwürdige und verbrecherische Ereignisse im Dienstbetrieb.

So können aber Menschen nur handeln, wenn sie wissen, dass es außerhalb der militärischen Welt eine zivile Gesellschaft gibt, in der demokratische Grundsätze fixiert und gesichert werden. Militärische Werte wie „Treues Dienen“ und „Tapferkeit“ haben eben nicht die Priorität. Im Zweifel kann und soll der Soldat Zuflucht in der demokratischen Öffentlichkeit suchen.

Wie bekannt genug ist, argumentiert die Partei DIE LINKE gegen die laufenden Militärinterventionen und gegen Tendenzen zur durchgängigen Militarisierung der Außenpolitik. Für unsere heutige Entscheidung bilden solche Fragen der Bundespolitik aber nur den Hintergrund.

Konkret geht es darum, ob Sie, als Stadträtinnen und Stadträte, als Repräsentanten der kommunalen Selbstverwaltung die Grenze, die in der Bundesrepublik Deutschland einmal zwischen dem militärischen Bereich und der zivilen Gesellschaft gezogen wurde, aufweichen wollen.

Es geht darum, ob Sie angesichts weltweiter Kriegseinsätze, die mit Verteidigung nichts zu tun haben, junge Menschen ermutigen und bestärken wollen, sich einer solchen Armee anzuschließen oder nicht. Bedenken sie bitte, dass die das nur bewerkstelligen könnten, indem sie

eine Situation schaffen, in der die tatsächliche Öffentlichkeit der Stadt vom Ereignis weiträumig ausgeschlossen wird, während sich einige haupt- und ehrenamtliche Mitglieder des Stadtrats dazu hergeben, Öffentlichkeit vorzutäuschen. Wer die Öffentlichkeit sucht, Kolleginnen und Kollegen, hat sie dann auch auszuhalten.

Kolleginnen und Kollegen,

Die FDP irrt, wenn sie in ihrer Antragsbegründung sagt, das Gelöbnis beziehe sich auf das Grundgesetz. Die Eidesformel zielt ab auf den Staat, genauer darauf, „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“.

Lediglich in der Weimarer Republik wurde der Eid auf die Reichsverfassung abgelegt – was aber mit der Realität in der Reichswehr nicht viel zu tun hatte. Und es geht nicht um die Verteidigung von Recht und Freiheit für alle, z.B. durch Bezug auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, sondern um das national und emotional besetzte „deutsche Volk“. Und dass es mit dem Bruch der Bundeswehr mit der Vergangenheit nicht so weit her ist, könnten die Kolleginnen und Kollegen von der FDP jedes Jahr wieder beim Gebirgsjägertreffen in Mittenwald feststellen, wo sich unter der Beteiligung der Bundeswehr auch SSKriegsverbrecher einfinden. Mal ganz abgesehen davon, dass die Bundeswehr von ehemaligen Wehrmachtsgenerälen aufgebaut wurde. Und in welche Tradition sich der heutige Wehrbereichsbefehlshaber stellen will, beweist die von ihm in die Diskussion gebrachten Veranstaltungsorte wie Königsplatz oder Odeonsplatz.

Herr Oberbürgermeister, Herr Blume-Beyerle,

einige konkrete Nachfragen zur Beschlussvorlage:

1. Es wird beantragt, dass die Entscheidung des Oberbürgermeisters, den Marienplatz für ein öffentliches Gelöbnis zur Verfügung zu stellen, begrüßt wird. Diese Formulierung irritiert mich. Seit wann kann der Oberbürgermeister dies entscheiden? Gibt es für Sondernutzungen im öffentlichen Raum (um eine Kundgebung der Bundeswehr wird es sich ja wohl nicht handeln) nicht eine städtische Satzung, auf deren Grundlage über einen solchen Antrag entschieden wird? Steht es wirklich in der Entscheidungskompetenz des OB, für welche Zwecke der Marienplatz genutzt wird und für welche nicht? Welche Festlegungen gibt es denn bzgl. Sondernutzungen des Marienplatzes?

2. In der Vorlage heißt es: „Das Gelöbnis ... Dabei wird die Abgitterung so errichtet, dass der allgemeine Fußgängerverkehr in der Altstadt – Fußgängerzone zu jeder Zeit möglich ist. Der Veranstalter richtet darüber hinaus Durchlassstellen ein, die insbesondere den Zugang zu den im Bereich des Marienplatzes anliegenden Geschäften sicherstellen sollen.“ Ich frage ganz konkret: Wird es möglich sein, während der Sondernutzung den Marienplatz unbelästigt durch die Bundeswehr an den Rändern zu queren? Oder soll der ganze Platz vollständig abgesperrt werden, und die Bundeswehr entscheidet, wer ihn betreten darf und wer nicht? Falls dies so geplant ist, auf welcher Rechtsgrundlage soll das dann so geschehen? Und warum richtet der Veranstalter (d.h. die Bundeswehr) Durchlassstellen ein, und nicht die Polizei, die dafür zuständig wäre? Ist geplant, der Bundeswehr „das Hausrecht“ für den Marienplatz zu

übertragen wie sonst bei der Sicherheitskonferenz für den Bayrischen Hof? Auf welcher Rechtsgrundlage geschieht dieser „Einsatz im Inneren“? Soll damit erreicht werden, jegliche antimilitaristische Kritik aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verbannen? Soll so der „Rückhalt der Bevölkerung“ künstlich herbei geführt werden?

Kolleginnen und Kollegen,

wir von der LINKEN werden uns an dieser militaristischen Veranstaltung nicht beteiligen. Wir werden uns an diesem Tage auf der anderen Seite der Absperrgitter aufhalten. Für die Rekrutinnen und Rekruten mag der Tag kommen, an dem die Existenz einer kritischen Öffentlichkeit für sie äußerst wichtig wird.